

Juni 2021

MITTLINKS

Weiter geht's –
trotz alledem!

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte



Inhalt

Was bedeutet »linke Kommunalpolitik«?	3
Obdachlosigkeit beenden – aber wie?	5
Zum Zusammenwirken von Bezirks- und Bürgerschaftsfraktion	7
Woche des Gedenkens im Bezirk Hamburg Mitte – eine schwere Geburt	10
Dokumentationszentrum Hannoverscher Bahnhof	12
Die Pfeffersäcke und die Erinnerung	
Wilhelmsburger Krankenhaus »Groß Sand« unter dem Hammer	14
Die LINKE engagiert sich mit den Menschen auf der Elbinsel für Erhalt und Übernahme des Krankenhauses in öffentliche Trägerschaft	
Der Kampf mit der »Deko« im Regionalausschuss Billstedt	16
Abschiede: Nachrufe auf Christine Wolfram und Stefan »Teddy« Dührkop	19
Unsere Mitglieder in den Ausschüssen und Beiräten der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte	22

Was bedeutet »linke Kommunalpolitik«?

Liebe Leser:innen,

in den Gemeinden, Städten und Landkreisen sind die hauptamtliche Verwaltung und die ehrenamtlichen Vertreter:innen aller Einwohner:innen aufgefördert, das konkrete Zusammenleben der Menschen zu gestalten. Diese kommunale Selbstverwaltung ist ein wichtiges Element unserer Demokratie. Demokratie beginnt vor Ort, darum wollen wir dort sein, wo das öffentliche Leben stattfindet.

Unser Ziel ist eine solidarische Gestaltung des Gemeinwesens. Linke Kommunalpolitik heißt einzutreten für soziale Interessen vor Ort, für nachhaltige Entwicklung und demokratische Teilhabe für alle. Auf kommunaler Ebene, für uns also in Hamburg-Mitte, gehört dazu, dass die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Energie, Wasser und Verkehr nicht von Profitlogik bestimmt werden. Wir wollen, dass diese Bereiche in öffentlicher Hand sind, Entscheidungen transparent gefällt werden und es direkte Einflussmöglichkeiten der Bürger*innen gibt.

An den Wahlen zu kommunalen Parlamenten nehmen mittlerweile noch etwa 40% der Wahlberechtigten teil, oft noch sehr viel weniger. Keine einzige



(Foto:
Katharina
Tchelidze)
Klausur in
Heideruh,
27.9.2020

- 4 Stadtregierung, kein Bezirksverband kann von sich behaupten, dort würden die Mehrheitsinteressen der Bürger*innen widergespiegelt. Zwei Drittel der Wahlberechtigten haben für sich die Schlussfolgerung gezogen, dass die Kommunalparlamente – eingezwängt in absoluter Unterfinanzierung, Allmacht der Verwaltungen und politischer Vormundschaft von Landes-, Bundes- und Europapolitik – kaum Einfluss haben und zu ignorieren sind. Das deckt sich mit einer Selbsteinschätzung von 85% der kommunalen Parlamentarier*innen, die vor zwei Jahren in einer großen »Parlamentarier-Befragung« einbezogen waren. Es wäre doch eine kleine Begründung wert, warum DIE LINKE. trotz dieser Tatsachen 80-90% ihrer kommunalen Aktivitäten in solche parlamentarische Arbeit steckt, die zudem noch fast die gesamte Kraft eines großen Teils der Mitglieder im Bezirksverband bindet, die dann wiederum für außerparlamentarische Aktivitäten kaum noch zur Verfügung stehen.

Linke Politik hat den Anspruch, unsere Gesellschaft gerechter zu gestalten. Wir alle stehen vor den Herausforderungen des sozialökologischen Umbaus. Konkrete Veränderungen müssen vor Ort passieren, um als Fortschritt erlebbar zu sein. Unser lokales Engagement wirkt auch als positive Erfahrung linker Politik und strahlt damit auf die Meinung über die »große Politik« von Landes- und Bundespolitiker*innen aus.

Diese Grundsätze unserer Arbeit wollen wir in den nachfolgenden Artikeln der neuen Mittlinks mit Leben füllen. Darin informieren wir anhand von Beispielen, wie linke Kommunalpolitik in unserem Bezirk Hamburg-Mitte praktisch aussieht. Wir würden uns freuen, wenn dies euer Interesse an Kommunalpolitik weckt und Lust macht mitzumachen.

Alexander Götz und **Ronald Wilken** (Mitglieder der Fraktion)

Wir alle kennen den Anblick von obdachlosen Menschen auf den Straßen deutscher Großstädte. Dieser menschenunwürdige Zustand ist anscheinend ein Phänomen, an das wir uns mehr oder weniger gewöhnt haben. Wir als Partei und unzählige ehrenamtliche Helfer*innen und Sozialarbeiter*innen wollen dies zwar nicht als gegeben hinnehmen, dennoch begegnen uns die Gesichter der Obdachlosigkeit täglich in Hamburg und anderswo. Gerade diese Konfrontation macht Obdachlosigkeit zu etwas Alltäglichem. Aber keinesfalls darf sie als Normalzustand angesehen werden. Es ist ein nicht-hinnehmbarer Mangelzustand, der durch ein Ungleichgewicht von Arm und Reich, einen Mangel an Wohnraum und letztlich auch einer fehlgeleiteten Sozialpolitik entstanden ist. Niemand ist freiwillig obdachlos.

Obdachlosigkeit ist nicht hinnehmbar

Obdachlos zu sein, ist für jemanden, der es nie war, unvorstellbar. Vorstellbar wäre doch aber, wenn es gar keine Obdachlosigkeit mehr gäbe. Dafür kämpfen wir alle gemeinsam schon lange. Aber wir sind in Deutschland noch weit davon entfernt, sie tatsächlich zu beenden. Die Zahl obdachloser Personen steigt weiter an, auch in Hamburg – schon seit Jahren. Ergab die Zählung aus dem Jahr 2009 noch 1029 Personen, waren es 2018 bereits 1910 Menschen, die auf Hamburgs Straßen lebten.

Für jemanden, der auf der Straße oder in einer Notunterkunft lebt, ist der Weg in die eigene Wohnung oft ein lang andauernder Kampf. Es müssen Anträge ausgefüllt, Mitwirkungsklauseln erfüllt, Therapien beendet, Termine wahrgenommen und Geduld geübt werden. Nur in Stufen, auf denen die Wartenden Monate oder gar Jahre verbringen, kann der lang ersehnte eigene Wohnraum erreicht werden. Jede Stufe ist mit neuen Hürden verbunden, und dies führt nicht selten dazu, dass Betroffene diese nicht erklimmen können, sozusagen auf die vorherige Stufe zurückfallen und wieder von vorn anfangen müssen. Die Folge ist ein jahre-

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

DIE LINKE.
Bezirksfraktion Hamburg-Mitte

**Obdachlosigkeit
beenden -
Housing First jetzt!**

Mi 31.3. 18:30h

Diskussion mit
Prof. Dr. Volker Busch-Geertsema (GISS)
Corinna Müncho und Sebastian Böwe (Housing First Berlin)
Ina Morgenroth (DIE LINKE Bezirksfraktion HH-Mitte)
Dr. Stephanie Rose (DIE LINKE Bürgerschaftsfraktion)

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/veranstaltung/obdachlosigkeit-beenden/>



(Foto: Mitt-
links 2/2016)

**Wohnung
zuerst, dann
sozialarbeiterische Hilfe**

langer Kreislauf aus »Platte machen«, betreuten Wohnformen und Notunterkünften. Mit zunehmender Zeit schwindet die Wahrscheinlichkeit, tatsächlich eine eigene Wohnung zu finden.

Hier setzt das Konzept des Housing first an: Es dreht das wenig erfolgreiche Konzept der herkömmlichen Obdachlosenhilfe um. Ohne beispielsweise ab-

stinent leben oder einen Job finden zu müssen, bekommen obdachlose Personen eine eigene Wohnung zur Verfügung gestellt. Von hier aus haben sie die Möglichkeit, sozialarbeiterische Hilfen in Anspruch zu nehmen, um so ihre Lebenssituation stabilisieren oder weiter verbessern zu können. Dieses Hilfsangebot ist freiwillig und keine Bedingung für eine Aufnahme im Projekt. In vielen deutschen Städten wird Housing first bereits umgesetzt, so z.B. in Berlin, Köln, Hannover, Düsseldorf.

Auch Hamburg macht sich langsam (zu langsam) an die Umsetzung. Bereits 2020 hat die Hamburgische Bürgerschaft die Umsetzung eines entsprechenden Modellprojekts beschlossen. Nun wurde am 26.5.2021 öffentlich, dass der Senat 30 Plätze in einem Hamburger Housing-first-Projekt bis Ende 2021 bereitstellt. Die Freude derjenigen, die schon seit geraumer Zeit dafür kämpfen, war groß.

Was auf Senatsebene lange dauerte, hat der Bezirk Hamburg-Mitte versucht, mit Nachdruck zu beschleunigen. So wurde auf Initiative der Linksfraktion Hamburg-Mitte im Frühjahr 2021 ein entsprechender Antrag eingebracht und beschlossen: Darin forderten wir den Senat und seine Behörden auf, ein Konzept zur Umsetzung in Hamburg und vor allem im Bezirk Mitte zu erarbeiten und die nötigen Mittel dafür in den Haushalt einzustellen. Mit diesem Nachdruck eines interfraktionellen Antrages aus der Bezirksversammlung machten wir eindeutig klar: Kommt in die Puschen! Wir wollen das Konzept umsetzen, besser gestern als morgen. Und an dieser Stelle sei also gesagt: Opposition wirkt!

Die Hotelunterbringung während der Corona-Pandemie hat gezeigt, dass sich Menschen im eigenen Wohnraum zunächst erholen und zur Ruhe kommen können, um von hier aus weitere Schritte zu gehen. Von der Straße aus sein Leben und den Alltag zu organisieren, ist fast unmöglich. Zunächst braucht es eigenen Wohnraum, einen Rückzugsort, einen sicheren Hafen. Denn eine Wohnung ist nicht alles, aber ohne Wohnung ist alles nichts.

In Finnland, dem Mutterland des Housing first, gibt es fast keine Obdachlosigkeit mehr. Housing first ist kein Allheilmittel und nur ein Baustein in einer Reihe von Hilfsangeboten und Maßnahmen zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Aber es ist erfolgreich, wie unsere Veranstaltung Ende März 2021 mit

dem Berliner Housing first-Projekt und dem Wissenschaftler Prof. Dr. Busch-Geertsema aufzeigen konnte. 7

Jeder Mensch hat das Recht auf Wohnraum. Und die Umsetzung dieses rechtlich garantierten Anspruchs kann gelingen. Mit dem Prinzip Housing first sind wir diesem Ziel nun auch in Hamburg ein Stück nähergekommen. Es ist Zeit für einen generellen Paradigmenwechsel in der Wohnungslosenhilfe – DIE LINKE. wird diesen Prozess begleiten und weiter vorantreiben.

Ina Morgenroth (Fraktionsvorsitzende)

Zum Zusammenwirken von Bezirks- und Bürgerschaftsfraktion

Es ist noch nicht allzu lange her, dass DIE LINKE. die parlamentarischen Bühnen betreten hat. Ein gutes halbes Jahr nach ihrer Gründung (am 16. Juni 2007) ist es ihr in Hamburg erstmals am 24. Februar 2008 gelungen, auf Anhieb sowohl mit 6,4% in die Bürgerschaft als auch in alle sieben Bezirksversammlungen mit Ergebnissen zwischen 6,0% (Wandsbek) und 10,2% (Mitte) einzurücken. Seit nunmehr gut 13 Jahren gilt es daher, das Zusammenspiel von Bürgerschafts- und Bezirksfraktionen, aber natürlich auch mit der Landesorganisation der Partei und den außerparlamentarischen Bewegungen zu gestalten.

Die zentralistische Struktur Hamburgs als Stadtstaat bringt es leider mit sich, dass die Zuständigkeiten sowie politischen und finanziellen Möglichkeiten höchst ungleich verteilt sind. Obwohl der Bezirk Hamburg-Mitte eine Großstadt mit gut 300.000 Bewohner*innen ist, hat er doch bedeutend weni-

Christiane Schneider,
Bürgerschafts-
abgeordnete
2008-2020, bei
»Das bunte
Billstedt
gedenkt«,
30.4.2021
(Foto: Wolf-
gang Strauß)



8 ger Rechte als jede x-beliebige Kleinstadt vor den Toren Hamburgs. Seit Jahren setzt sich DIE LINKE. u.a. dafür ein, die Bezirksversammlungen zu stärken und bezirkliche Bürger*innenentscheide ebenso verbindlich zu machen, wie dies bei Volksentscheiden auf Landesebene bereits der Fall ist.

**Regelmäßiger
Austausch
tut not**

Vor diesem Hintergrund sind der solidarische Umgang und die gegenseitige Wertschätzung der Abgeordneten wie der Mitarbeiter*innen der Bezirksversammlungen und der Bürgerschaft von großer Bedeutung. Der regelmäßige Austausch erfolgt einerseits in der vom Bürgerschaftsabgeordneten Stephan Jersch geleiteten Bezirkerunde, aber auch in den 13 Landesarbeitsgemeinschaften (LAG) der Hamburger LINKEN, in denen Mitglieder der Partei, interessierte Bürger*innen und natürlich auch Abgeordnete und Angestellte aus den Bezirksversammlungen und der Bürgerschaft regelmäßig zusammenkommen. Nehmen wir die für uns besonders wichtige, von Wiebke Jürgens und Marco Hosemann geleitete LAG Stadtentwicklung & Wohnen, in der wir allmonatlich auch auf Mitte-Aktivist*innen treffen. Zuletzt ging es hier um die Diskussion des Kapitels Wohnungspolitik im Bundestagswahlprogramm der LINKEN und den weiteren Umgang mit dem im Land Berlin vorerst gescheiterten Mietendeckel.

Aber es gibt natürlich auch eine unmittelbare Kooperation zwischen der Bürgerschaftsfraktion und der Bezirksfraktion, in sozialpolitischer Hinsicht (beispielsweise beim Housing first!, siehe dazu den Beitrag von Ina Morgenroth, S. 5ff.) z.B. mit Stephanie Rose und Miriam Craß. Mit Blick auf die Zusammenarbeit mit den beiden Unterzeichner*innen dieses Beitrages ist der Umstand zu erwähnen, dass Heike Sudmann am 23. Februar 2020 im Wahlkreis 1 (Hamburg-Mitte) direkt in die Bürgerschaft gewählt wurde. In diesem buchstäblich zentralen Wahlkreis knüpfen wir an die Tradition des Zusammenwirkens an, das 2008 mit Joachim Bischoff begann, ab 2011 von Tim Golke und in der letzten Legislaturperiode von Christiane Schneider fortgesetzt wurde. Für den Wahlkreis 2 (Billstedt-Wilhelmsburg-Finkenwerder) war Elisabeth Baum von 2008 bis 2011 Bürgerschaftsabgeordnete, seit 2011 ist Mehmet Yildiz der Bürgerschaftsabgeordnete für diesen Wahlkreis. Besonders wichtig für die Kooperation sind natürlich auch die vielen Überschneidungen mit den verschiedensten politischen Schwerpunkten. Der Bezirk Mitte steht ja in vielerlei Hinsicht im Fokus der Stadtöffentlichkeit, sei es wegen des hohen Anteils an benachteiligten Quartieren und vieler sozialer Probleme, sei es wegen der hier angesiedelten zentralen Stätten für Verkehr, Handel, Hotellerie, Tourismus und Kultur. Zudem gibt es in den meisten Mitte-Stadtteilen eine rote Linie des Widerstandes von unten. Wer erinnert nicht den erfolgreichen Kampf um das Gängeviertel oder die anhaltenden Auseinandersetzungen um den Erhalt der Schilleroper? In diesen Horten alternativer Bewegungen hat DIE LINKE. viele ihrer Wähler*innenhochburgen. Bei der letzten Wahl der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte am 26. September 2019 konnte DIE LINKE. satte 15,6% einfahren,



das beste Ergebnis unter allen sieben Bezirken und deutlich über dem Bürgerschaftswahlergebnis von zuletzt 9,1% am 23. Februar 2020.

Im politischen Alltag gestaltet sich unsere Zusammenarbeit meist so, dass *bezirksbezogene Themen* der gemeinsamen Erörterung unterliegen. Kleine Anfragen an den Senat werden abgesprochen, bisweilen nehmen Bürgerschafts- und Bezirksabgeordnete in einer gemeinsamen Presseerklärung Stellung. Zudem versuchen wir abwechselnd an den monatlichen Fraktionsversammlungen und auch den Jahresklausuren der Bezirksfraktion teilzunehmen, um deren Themen zu verstehen und ggfs. aufzugreifen und zugleich Anliegen der Bürgerschaftsfraktion zu vermitteln. Seit einiger Zeit bemühen wir uns verstärkt darum, mit Artikeln im »MitteN Mang« die Verknüpfung von bezirklichen und hamburgweiten Entwicklungen zu veranschaulichen. Da geht es dann beispielsweise um die unselige Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ausgerechnet in Gebieten mit Sozialen Erhaltungsverordnungen oder die mehr als 50 Hamburger Stadtteilbeiräte (davon überdurchschnittlich viele in Quartieren des Bezirks Mitte), für die wir in der Bürgerschaft seit Jahren Anträge stellen, damit es für diese Säulen der Stadtteildemokratie endlich einen festen Etatposten gibt.

Beiräte – Säulen der Stadtteildemokratie

Diese Zusammenarbeit weiter zu verbessern, ist unser fester Vorsatz. Immer im engen Dialog mit der LINKEN als Partei, aber selbstverständlich auch den diversen außerparlamentarischen Basisinitiativen und Bündnissen, ohne die eine linke Parlamentsarbeit ohne Erdung wäre.

Heike Sudmann, Bürgerschaftsabgeordnete seit 2011, 2020 direkt gewählt im Wahlkreis 1 (von St. Pauli bis Horn), wohnungs-, stadtentwicklungs- und verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion

Michael Joho, wissenschaftlicher Referent der Bürgerschaftsfraktion seit 2008, kommunalpolitisch engagiert in verschiedenen Hamburger Netzwerken und im Hauptbahnhofstadtteil St. Georg

10 Woche des Gedenkens im Bezirk Hamburg Mitte – eine schwere Geburt

Je länger die Nazi Herrschaft in Deutschland her ist, je mehr droht das, was damals geschah, in Vergessenheit zu geraten oder zumindest relativiert zu werden. Und die Erkenntnis »Der Schoß ist fruchtbar noch ...« hat nichts von ihrer Aktualität verloren. Umso wichtiger ist es, die antifaschistische Grundhaltung unseres Gemeinwesens auf eine solide Basis zu stellen und den rechten Rattenfängern mit soliden Fakten und Argumenten entgegenzutreten.

Gerade in Hamburg-Mitte gibt es sehr viele Anknüpfungspunkte für eine demokratische Gedenkkultur und die Förderung historischen Bewusstseins: Sei es das »Stadthaus«, die ehemalige Folterzentrale der Gestapo, sei es die Schule am Bullenhuser Damm, wo am 20. April 1945 Kinder aus vielen Ländern ermordet wurden, sei es der Deportationsort Hannoverscher Bahnhof, seien es die ehemaligen Außenstellen des KZ Neuengamme; aber auch das Bismarck-Denkmal oder das 76er-Denkmal mit dem Gedenkmal von Alfred Hrdlicka und dem Deserteursdenkmal oder das am 2. Mai 1933 gestürmte und der »Reichsarbeitsfront« übergebene Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof. Gedenken setzt eine Auseinandersetzung mit der Geschichte voraus und besteht

»Das bunte Billstedt gedenkt« am 30. April 2021 im Rahmen der Woche des Gedenkens (Foto: Wolfgang Strauß)



nicht einfach aus vereinzelt Sonntagsreden. Überall in Hamburg, auch im Bezirk Mitte, gibt es Geschichtswerkstätten, Initiativen, Schulen, Kirchengemeinden und andere, die wertvolle Gedenkarbeit leisten. Es gilt, die Menschen vor Ort zu erreichen, Geschichte erlebbar zu machen und alle Aspekte jener dunkelsten Jahre der deutschen Geschichte in den Blick zu nehmen.

Die Idee, eine bezirkliche Woche des Gedenkens ins Leben zu rufen, die solche Aktivitäten koordiniert und bündelt, ist nicht neu. Seit vielen Jahren gibt es eine solche Woche rund um den Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz am 27. Januar im Bezirk Hamburg-Nord, mit großem Erfolg und einer alljährlichen Fülle von sehr unterschiedlichen Veranstaltungen und Projekten. Die Linksfraktion

hat eine solche Woche für Hamburg-Mitte im Jahre 2009 zum ersten Mal beantragt. Der Antrag wurde damals einhellig abgelehnt, ohne große Diskussion.

Inzwischen gibt es solche Gedenkwochen in (fast) allen Bezirken, außerdem gibt es seit Pegida, dem Aufstieg des AfD-»Flügels« und den sich häufenden rechten Terroranschlägen ein anderes gesellschaftliches Klima: Der erneute Antrag der LINKEN im Herbst 2019 konnte nicht mehr so einfach abgebügelt werden. Dennoch waren es quälende und lange Diskussionen im Kulturausschuss, bis eine Einigung zustande kam. Allzu verschieden waren und sind die Vorstellungen davon, wozu eine Gedenkwoche dient und wer die Akteur*innen dabei sein sollten. Auch der Inhalt war und ist sicher nicht Konsens: Soll zum Beispiel allein der Judenverfolgung und -vernichtung gedacht werden oder auch der Verfolgung und Vernichtung anderer Gruppen? Welchen Stellenwert hat das Schicksal derer, die sich zur Wehr setzten? Soll es viele einzelne Beiträge »von der Basis« (Schulen, Vereine, Geschichtswerkstätten, etc.) geben oder vor allem eine zentrale Gedenkveranstaltung?

Im Januar 2020 wurde der endgültige Beschluss für eine Gedenkwoche anlässlich des 75. Jahrestags der Befreiung vom Hitler-Faschismus einstimmig gefasst: Sie sollte vom 20. April (Evakuierung des KZ Neuengamme und Morde am Bullenhuser Damm) bis 8. Mai (Waffenstillstand, Ende des Naziregimes) stattfinden. Mittendrin lag der 3. Mai, der Tag der Übergabe Hamburgs an die einrückenden britischen Truppen. Für die Ausgestaltung und Organisation wurden Mittel bereitgestellt und eine Kuratorin beauftragt. Dann kam Covid-19 und rund um den 75. Jahrestag konnte (fast) nichts stattfinden. Auf Antrag der Koalition (SPD, CDU, FDP) wurde die Gedenkwoche auf die Zeit rund um den Mehrfach-Gedenktag 9.11. (Ausrufung der Republik 1918, Reichspogromnacht 1938, Maueröffnung 1989) verlegt. Die steigenden Infektionszahlen machten dann viele geplante Veranstaltungen unmöglich, gleichwohl entstanden sehr viele interessante virtuelle Beiträge (z.T. noch abrufbar unter: <https://gedenken-hamburg-mitte.de/>).

Nach Auswertung der Woche im November 2020 wurde Anfang 2021 beschlossen, die Woche des Gedenkens zu verstetigen. Sie hat in diesem Jahr – leider immer noch unter Corona-Bedingungen – erneut vor allem virtuell stattgefunden und war erfolgreich. Für 2022 ist zu hoffen, dass es endlich auch die vielen geplanten Präsenzveranstaltungen geben kann.

Bernhard Stietz-Leipnitz

(Mitglied im Ausschuss für Musik, Kultur und Kreatives)

12 **Dokumentationszentrum Hannoverscher Bahnhof**

Die Pfeffersäcke und die Erinnerung

**Überfällig:
angemessenes
Erinnern**

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war nicht nur in Hamburg sehr lange von Verdrängung statt Erinnerung geprägt. Erinnerung und Erinnerungskultur blieben weitgehend Sache der Opferverbände und z.T. der Gewerkschaften. Und bis heute sperren sich die parteipolitisch unterschiedlich zusammengesetzten Hamburger Senate dagegen, das Erinnern mit dem angemessenen, auch finanziellen, Stellenwert zu versehen.

Jahrzehntlang betrieb die Hansestadt ein Gefängnis auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme, Gedenken durfte im Wortsinne nur am Rande stattfinden. Erst 60 Jahre nach der Befreiung konnte 2005 eine würdige Gedenkstätte eingerichtet werden (mehr dazu: www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/geschichte/). Ohne den jahrzehntelangen Kampf der Opferverbände wäre das vielleicht heute noch nicht der Fall.

Die ehemalige Polizei- und Gestapozentrale »Stadthaus« diente bis in die jüngste Vergangenheit als Behördensitz und erhielt erst 1981 eine Gedenktafel für die Opfer. Diese musste gegen behördlichen Widerstand durchgesetzt werden mit Unterstützung von Kolleg*innen der ÖTV, später ver.di. Das hinderte die damals politischen Verantwortlichen nicht daran, salbungsvolle Worte bei der Enthüllung der Tafel zu sprechen. Die laufende Auseinandersetzung um den Gedenkort im Stadthaus ist hier dokumentiert: www.foerderkreis-stadthaus.de/

Traditionsgemäß beschränkte sich die Stadt auf wohlklingende Reden an Gedenktagen. Auch im Falle des Dokumentationszentrums wird nicht die Stadt selbst tätig, sondern sie überlässt es ihrer privatwirtschaftlich agierenden Tochter Hafencity GmbH und einem privaten Bauherrn, das Zentrum zu realisieren.

Vom damaligen Hannoverschen Bahnhof wurden über 8.000 Juden sowie Sinti und Roma deportiert. Seit mehr als 15 Jahren läuft das Verfahren zur Errichtung eines angemessenen Gedenk- und Erinnerungsortes. Viele Zeitzeugen sind darüber verstorben. Seit 2017 gibt es wenigstens den Gedenkort am ehemaligen Bahnsteig 2 im Lohsepark. Lange war unklar, ob und wo genau daneben ein Dokumentationszentrum eingerichtet würde. Lange suchte die damit beauftragte Hafencity GmbH nach einem Standort, wobei offenbar der Kostenrahmen wichtiger war als eine sinnvolle Lage am Ende der »Fuge«, der Verlängerung der Sichtachse vom erhaltenen Bahnsteig. Ein hochbaulicher Wettbewerb wurde bereits 2016 entschieden. Vielleicht gibt es 2023 die Eröffnung? (Eine geschönte Darstellung findet sich unter: <https://hannoverscher-bahnhof.hamburg.de/>)



Mahnwache
an der Stadt-
hausbrücke
am 8.5.2020
(Foto: Wolf-
gang Strauß)

Anfang 2021 stellt sich zum Entsetzen der Opferverbände heraus, dass der künftige Mieter in dem Bürohaus oberhalb des Dokumentationszentrums die Wintershall/DEA sein soll, Rechtsnachfolgerin von Profiteuren aus Verschleppung und Zwangsarbeit. Das Auschwitz-Komitee sowie die Rom und Cinti Union (www.rcu-info.de/) wandten sich voller Empörung an den Senat. DIE LINKE stellte in der Bezirksversammlung einen Antrag (Drs. 22-1716), die beabsichtigte Vermietung zu missbilligen und den Senat aufzufordern, die Mieterin Wintershall/DEA zu verhindern. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt und durch einen weichgespülten Antrag der Koalition aus SPD, CDU und FDP (Drs. 22/1750) ersetzt.

Auf eine bürgerschaftliche Anfrage der LINKEN (Drs. 22-3594) stellte sich heraus, dass die Stadt sich keinerlei Kontrolle über die künftige Nachbarschaft des Dokumentationszentrums gesichert hat, sie muss nicht einmal informiert werden. Immerhin »erkennt der Senat die Wahrnehmung der Opferverbände an«. Es gibt ein Verfahren bei Streitigkeiten, die Präsidentin des Hamburger Verfassungsgerichts entscheidet im Streitfall allein. Der Senat hat sie laut Antwort auf die Anfrage angerufen. Mit dem Ergebnis: Keine Entscheidung, sondern ein Mediationsverfahren hinter verschlossenen Türen. Ausgang: offen.

Die Bezirksfraktion wird weiter dran bleiben und eine angemessene Gedenkkultur auch in Hamburg-Mitte einfordern.

Bernhard Stietz-Leipnitz (Ausschuss für Musik, Kultur und Kreatives)

14 **Wilhelmsburger Krankenhaus »Groß Sand« unter dem Hammer**

Die LINKE. engagiert sich mit den Menschen auf der Elbinsel für Erhalt und Übernahme des Krankenhauses in öffentliche Trägerschaft

Im Frühsommer 2020 wurde öffentlich: Das Wilhelmsburger Krankenhaus »Groß-Sand« soll verkauft werden. Seitdem bangen die 450 Mitarbeiter*innen und die Menschen im Stadtteil Wilhelmsburg und der Veddel um den Erhalt des Krankenhauses. Die an das Krankenhaus angegliederte Krankenpflegeschule mit 75 Ausbildungsplätzen ist in diesem Zusammenhang bereits geschlossen worden.

Das katholische Krankenhaus ist in erhebliche wirtschaftliche Schieflage geraten, hoch verschuldet und mit 200 Betten angeblich nicht überlebensfähig. Der Träger, das Erzbistum Hamburg der katholischen Kirche, sucht nach einem Käufer für die Klinik. Von anfänglich mehreren Interessenten soll laut Presseberichten nur noch ein nicht genannter privater Krankenhausbetreiber übrig geblieben sein.

Sowohl im Regionalausschuss Wilhelmsburg, in der Bezirksversammlung Mitte als auch in der Bürgerschaft haben wir uns für den Erhalt des Krankenhauses ausgesprochen und deutlich gemacht, dass es für die Versorgung von über 50.000 Menschen in einem der zukünftig am stärksten wachsenden Stadtteile in Hamburg unverzichtbar und die Notfallambulanz des Krankenhauses für den Stadtteil und die umliegenden Hafen- und Industriebetriebe von zentraler Bedeutung ist.

Anstatt der Schließung des Krankenhauses oder der Degradierung zu einem Gesundheitskiosk ist ein Ausbau über das bestehende Leistungsspektrum hinaus notwendig, ergänzt durch eine leistungsfähige Poliklinik als Rückgrat der ambulanten Versorgung.

**»Groß Sand«
ist unver-
zichtbar!**

Foto: Jürgen
Olschok



Maßgeblich verantwortlich für die »roten Zahlen« von »Groß-Sand« und für das bundesweite Kliniksterben ist weniger das Missmanagement der Kliniken als die Kommerzialisierung des gesamten Gesundheitswesens verursacht durch verantwortungslose neoliberale Politik.



Demonstration, September 2020
(Foto: Jürgen Olschok)

Die Einführung von Fallpauschalen (DRGs) als wettbewerbliches Entgeltssystem und die Privatisierung von Krankenhäusern haben zu einem ruinösen Wettbewerb geführt, wobei oft gilt: Die Großen fressen die Kleinen.

DIE LINKE. fordert deshalb schon lange eine bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhäuser. Das Fallpauschalensystem gehört abgeschafft! Private Krankenhäuser gehören kommunalisiert. Zu einer guten gesundheitlichen Versorgung gehören wohnortnahe Krankenhäuser und eine zuverlässige Notfallversorgung.

Die mögliche Schließung des Wilhelmsburger Krankenhauses wird inzwischen von zahlreichen Protesten im Stadtteil begleitet. So trifft sich regelmäßig eine Initiative »Groß-Sand Bleibt« aus Beschäftigten, Pflegeschüler*innen und Menschen, die auf der Elbinsel wohnen oder arbeiten. Die Initiative hat u.a. eine Unterschriftensammlung gestartet. Der Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg und der Stadtteilbeirat Wilhelmsburg/Veddel haben sich gemeinsam mit zwölf Thesen »Das Wilhelmsburg Klinikum Groß-Sand muss als Allgemeines Krankenhaus erhalten bleiben – Keine Schließung der Pflegeschule« an die Öffentlichkeit gewandt. Ähnlich der Sozialverband Deutschland/Landesverband Hamburg in einer Presseerklärung und Wilhelmsburger Ärzt*innen in einer Stellungnahme. Ein allgemeines Bekenntnis zum Erhalt von »Groß-Sand« kommt auch von der lokalen Politik.

Die politisch Verantwortlichen – sprich der rot-grüne Senat – sind gefordert, den Erhalt des Krankenhauses in öffentlicher Hand zu sichern! Eine Übernahme der Klinik durch das Universitätsklinikum Eppendorf als kommunaler Träger wäre eine mögliche sinnvolle Lösung.

Doch der Senat verweigert sich anscheinend aus ideologischen Gründen einer sinnvollen Lösung und hält an seinem neoliberalen Kurs in der Krankenhaus- und Gesundheitspolitik fest.

Jürgen Olschok (Mitglied im Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel)

16 **Der Kampf mit der »Deko« im Regionalausschuss Billstedt**

Diese Legislaturperiode stand für Billstedt unter besonderen Vorzeichen. Bei der Bezirkswahl 2019 schnitten hier die Grünen wie in allen anderen Stadtteilen auch überdurchschnittlich gut ab. Die Wähler*innen konnten jedoch nicht wissen, dass die Grüne Fraktion sich nach der Wahl aufgrund von internen Querelen zerlegen und ein Drittel der Grünen Fraktion zum Wahlverlierer SPD überlaufen würde. Sämtliche Direktkandidaten der Grünen in Billstedt taten dies, sodass jene Wähler*innen in Billstedt, welche die Grünen gewählt hatten, eigentlich um ihre Stimme betrogen wurden, da diese jetzt an die SPD gegangen war. Einige Zeit später wurde dann eine Koalition aus SPD, CDU und FDP (»Deutschlandkoalition«/»Deko«) geschmiedet, die auch den Regionalausschuss Billstedt dominieren sollte.

In der ersten Sitzung wurde Wolfgang Strauß zum Vorsitzenden des Regionalausschusses gewählt. In einer der folgenden Sitzungen kündigte der Sprecher der SPD-Fraktion an, dass wir und die Grünen keinen einzigen Antrag mehr in der jetzigen Legislaturperiode durchbringen würden. Das war eine Reaktion auf einen Antrag von uns und den Grünen, in dem der Regionalausschuss seine Solidarität mit der VVN-BdA bekunden sollte, da dieser Organisation die Gemeinnützigkeit entzogen wurde.

Das Ganze war wohl zu politisch für den Ausschuss, was sich auch in der Thematik und Qualität der Anträge der Deko zeigte.

Gedenkstein und Gedenktafel befinden sich direkt neben dem Parkplatz am Billstedter Kundenzentrum. Kein würdiger Platz!
(Foto: Wolfgang Strauß)



Hier ein paar Kostproben:

- Trampelpfade waren ein Thema für das Wohl der Bürger*innen in Billstedt.
- n Bei einem Trampelpfad soll eine Baumwurzel entfernt werden, wegen der Stolpergefahr. Ein anderer sollte befestigt werden.
- Es ging um Hundewiesen, Papierkörbe und Beschilderung, Fragen, die sich zum Teil durch Anrufe bei den Wegewarten Billstedts erledigen ließen.
- n Für Begrenzungssteine beim Parkplatz der Luisenapotheke wurde extra ein Ortstermin mit allen Beteiligten einberufen. Jene, die nicht erschienen, waren die Antragsteller der Deko.

Ein von uns gestellter Antrag vergleichbarer Qualität, bezüglich einer defekten Straßenlaterne im Öjendorfer Weg, wurde von der Deko gleich mit Argwohn behandelt. Der Fraktionschef der SPD hatte den Öjendorfer Weg mehrmals abgefahren, um »festzustellen«, dass keine Straßenlaterne defekt war. Er forderte uns auf den Antrag zurückzuziehen, was wir taten, da wir verunsichert waren. Die Kontrolle einen Tag später unsererseits ergab jedoch, dass die Beleuchtung nach wie vor defekt war. Wir kontaktierten daraufhin den Regionalbeauftragten, der dafür sorgte, dass die Lampe nach zwei Wochen repariert wurde.

Interessant ist auch die Behandlung weiterer Anträge von uns und den Grünen.

Am 19.2.2021 fand am Gedenkstein am Billstedter Kundenzentrum eine Veranstaltung zur Erinnerung an die Opfer des Anschlags in Hanau statt. Dabei wurde festgestellt, dass die mit einem Zitat von Richard von Weizsäcker versehene Tafel auf dem Gedenkstein mit blauer Farbe verunreinigt wurde. Wir nahmen dies zum Anlass, einen Antrag in den Regionalausschuss einzubringen, der sich auch mit der Aufwertung des Gesamtensembles Gedenkstein und Gedenktafel beschäftigte. Die Gedenktafel, die an die Widerstandskämpfer in Billstedt erinnern soll, wurde in drei Metern Entfernung vom Gedenkstein im Pflaster eingelassen (siehe Foto).

Die Deko stimmte lediglich der Entfernung der Farbverschmutzung zu, mit der Anmerkung, warum wir Linken nicht die Farbe schon längst selbst entfernt hätten. Das Versetzen der Gedenktafel in die direkte Nähe des Gedenksteins wurde mit der Begründung abgelehnt, dass die Tafel ja einen würdigen Platz gefunden hätte. Dies alles geschah vor dem Hintergrund, dass ein paar Wochen vorher die »Verstetigung der Woche des Gedenkens« in der Bezirksversammlung mit den Stimmen aller Parteien beschlossen worden war (siehe dazu auch den Artikel von Bernhard Stietz-Leipnitz, S. 10f.).

Um die Corona-Testsituation in Billstedt zu verbessern, wurde ein Antrag zur Verbesserung von Informationen über Testmöglichkeiten im Regionalausschuss eingebracht: Dieser wurde überraschenderweise positiv aufgenommen und zu einem interfraktionellen Antrag überarbeitet. Da sich in der Diskussion herausstellte, dass auch andere Stadtteile in Hamburg-Mitte von der Problematik

- 18 davon betroffen sind, kam man überein, den Antrag in modifizierter Form als Interfraktionellen Antrag in der Bezirksversammlung einzubringen. Er wurde in der folgenden Sitzung der Bezirksversammlung beschlossen.

Der folgende Antrag »Verbesserungen der Impfmöglichkeiten gegen Corona in Mümmelmannsberg« sollte einen Arzt aus Mümmelmannsberg dabei unterstützen, einen Teil seiner Praxis in das Gemeindezentrum Mümmelmannsberg auszulagern, um die Impfgeschwindigkeit zu erhöhen. Dieser Antrag wurde von der Deko abgelehnt, mit der Begründung, dass er obsolet sei, da der Senat ein paar Tage vorher beschlossen hatte, benachteiligte Stadtteile mit mehr Impfdosen zu versorgen. Hier zeigt sich, dass etwas beschlossen und dabei die Umsetzung vergessen wurde. Auf diese Weise hat die Deko diese gute Idee aus Mümmelmannsberg zerstört.

**Politik für
das Wohl der
Mehrheit**

Fazit: Die Deko im Regionalausschuss Billstedt verfolgt hauptsächlich parteipolitische Interessen. Statt für das Wohl der Mehrheit der Bürger*innen und eine ausreichende Nahversorgung zu sorgen, geht es ihr hauptsächlich um die Interessen der wohlhabenderen Bürger*innen in Billstedt. Die Deko befürwortet zum Beispiel den Bau der »Gartenstadt in Öjendorf«. Diese soll in einem Landschaftsschutzgebiet geschaffen werden – mit Luxuswohnungen für betuchtere Mitmenschen und ausreichend Parkplätzen.

Dieses gilt es zu verhindern, indem eine Bürgerinitiative gegründet wird. Die Schaffung von weiteren dringend benötigten Sozialwohnungen des 1. Förderweges in Billstedt lehnt die Deko ab.

Wolfgang Strauß (Vorsitzender des RA Billstedt)

Maureen Schwalke (Fraktions- und Ausschussmitglied)

Christine Wolfram



Kandidatin zur Bezirksversammlungswahl 2019 (Foto: Andre Lenthe)

»Sieh, daß du Mensch bleibst. Mensch sein ist von allem die Hauptsache. Und das heißt fest und klar und heiter sein, ja heiter, trotz alledem.«
Rosa Luxemburg

»Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren«, das war das Motto von Christine Wolfram. Die aktive Wilhelmsburger Linken-Politikerin ist in der Nacht zum 12. September 2020 im Alter von 66 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit gestorben.

Wilhelmsburg verliert damit eine langjährige Stadtteilpolitikerin und die Partei DIE LINKE, sowie ihre Bezirksfraktion in Hamburg-Mitte eine engagierte Kämpferin für eine soziale, solidarische und grüne Elbinsell!

Christine lebte seit ihrer Kindheit in Wilhelmsburg. Sie hat sich ihr Leben lang gegen die Zerstörung der Umwelt, wie zum Beispiel die Vernichtung von Biotopen und Kleingärten, Baumfällungen oder die Planung einer neuen Autobahn und für soziale Lebensbedingungen eingesetzt. Ein besonderes Anliegen war ihr darüber hinaus der tägliche Kampf gegen den Faschismus.

Christine war keine Politikerin der großen Worte, sie war eine Macherin in all ihren zahlreichen Ämtern. Im Rahmen des Sozialverbandes und des Hamburger Sozialforums engagierte sie sich 2003 u.a. gegen die Einführung der Hartz-IV-Reformen. In der LINKEN war sie seit der Gründung aktiv. Sie war

20 lange Zeit Mitglied im Bezirksvorstand, Schatzmeisterin und auch Revisorin, Mitglied im Regionalausschuss, im Unterbauausschuss und im Stadtteilbeirat Wilhelmsburg/Veddel. Sie war aktives Mitglied in der AG Betrieb & Gewerkschaft sowie jüngst in der AG Seniorenpolitik. Seit Mai 2019 war sie Abgeordnete in der Bezirksversammlung Hamburg Mitte. Hier arbeitete sie erneut in ihrem Fachbereich im Jugendhilfeausschuss mit.

Über das parteipolitische Engagement hinaus war sie jahrelang ehrenamtliche Richterin beim Sozialgericht Hamburg, Mitglied und Schatzmeisterin der Marxistischen Abendschule Wilhelmsburg und aktive »Schreiberrebellin« im Kleingartenverein. Beruflich war sie bis 2008 bei der LBK GmbH als Verwaltungsangestellte in der Buchhaltung beschäftigt. Als der Landesbetrieb Krankenhäuser an Asklepios verschertelt wurde, nahm sie ihr Rückkehrrecht wahr und arbeitete in verschiedenen Bezirksämtern. Dort lernte sie die Not der Menschen auch in der Praxis kennen, unter anderem von 2011 bis Ende 2017 in der Jugendberufsagentur Harburg, Dort kümmerte sie sich nicht nur um die sozialen Belange der jungen Menschen, sondern sie engagierte sich als Personalrätin und in der Schwerbehindertenvertretung auch für die Arbeitsbedingungen ihrer Kolleginnen und Kollegen.

Seit Januar 2018 war sie im Ruhestand und hat sich voll und ganz ihrer politischen Arbeit gewidmet.

Ihr unermüdliches Engagement, ihre große Hilfsbereitschaft und ihre herzliche Art, mit der sie allen Menschen begegnet ist, werden uns schmerzlich fehlen.

Unser Mitgefühl gilt vor allem ihrem Partner Ronald Wilken, der ebenfalls unserer Fraktion angehört.



Der St.-Pauli-Fan im Millerntor-Stadion
Quelle: unbekannt

Einige Monate vor den Bezirkswahlen 2019 bekam Teddy seine Diagnose. Er sagte zum Arzt in der Poliklinik Veddel, dass er sich beeilen solle, denn zum Wahlkampf müsse er wieder fit sein. Leider hat er dieses Ziel nicht geschafft. Am 6. Mai 2021 ist unser Fraktionsmitglied Stefan »Teddy« Dührkop nach längerer Krankheit verstorben.

Selbst im Angesicht einer lebensbedrohlichen Diagnose war Teddy offenbar das Wichtigste, wieder Politik für die Menschen, eine gerechtere Gesellschaft und eine bessere Welt machen zu können. Er hat für diese Ziele gelebt und schon als junger Mann antifaschistische und antirassistische Kämpfe in der Hafensstraße ausgetragen. Über die Jahrzehnte seiner politischen Aktivität hinweg ist er sich immer treu geblieben, auf seine ganz eigene, ungemütliche, herzliche Art.

Mit seiner Kodderschmauze hat er die Bezirksversammlung Mitte das eine oder andere Mal ordentlich aufgemischt und stets alle Anwesenden kurzerhand mit »Moin Präsidium und Kolleg*innen« auf dem Podium begrüßt. Wir sagen nun »Tschüss, Teddy!« Du wirst mit deinem großen Herzen und deinem unermüdlichen Kampf in unserer Fraktion, auf der Veddel und deinen vielen Freunden sehr fehlen!

22 **Unsere Mitglieder in den Ausschüssen und Beiräten der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte**

Hauptausschuss

1. Mitglied: Theresa Jakob
2. Mitglied: z.Zt. unbesetzt

Jugendhilfeausschuss

Mitglied: Alexander Götz
stellvertretendes Mitglied:
Maureen Schwalke
Zugewählte Bürgerin:
Anja Post-Martens

Bauausschuss

1. Mitglied: Steffen Leipzig
2. Mitglied: Manfred Schubert
Ständige Vertreterin:
Maureen Schwalke
Ständiger Vertreter: Alexander Götz

Stadtplanungsausschuss

1. Mitglied: Steffen Leipzig
2. Mitglied: Alexander Götz
Ständige Vertreterin:
Maureen Schwalke
Ständiger Vertreter: Jürgen Olschok

Ausschuss für Musik, Kultur und Kreatives

1. Mitglied: Marinus Stehmeier
2. Mitglied: Michelle Affolter
Ständiger Vertreter:
Bernhard Stietz-Leipzig
Ständiger Vertreter: Wolfgang Strauss

Ausschuss für Stadtnatur und Umwelt

1. Mitglied: Theresa Jakob
2. Mitglied: Wolfgang Strauss
Ständiger Vertreter: Alexander Götz
Ständiger Vertreter: Manfred Schubert

Ausschuss für

Sozialraumentwicklung

1. Mitglied: Ina Morgenroth
2. Mitglied: z.Zt. unbesetzt
Ständiger Vertreter: Ronald Wilken
Ständiger Vertreter: Jürgen Olschok

Ausschuss für Wochenmärkte

1. Mitglied: Theresa Jakob
2. Mitglied: Marinus Stehmeier
Ständige Vertreterin:
Maureen Schwalke
Ständiger Vertreter: Steffen Leipzig

Ausschuss für Mobilität

1. Mitglied: Theresa Jakob
2. Mitglied: Wolfgang Strauß
Ständiger Vertreter: Christian Götsch
Ständige Vertreterin: z.Z. unbesetzt

Cityausschuss

1. Mitglied: Theresa Jakob
2. Mitglied: Steffen Leipzig
Ständige Vertreterin: Ina Morgenroth
Ständige Vertreterin:
Verena Brachvogel

Regionalausschuss Finkenwerder

1. Mitglied: Marinus Stehmeier
2. Mitglied: Kerstin Fremder-Sauerbeck
Ständiger Vertreter:
Christian Sauerbeck
Ständiger Vertreter: z. Zt. unbesetzt

Regionalausschuss Wilhelmsburg/ Veddel

1. Mitglied: Ronald Wilken
2. Mitglied: Jürgen Olschok
Ständiger Vertreter: Manfred Schubert
Ständiger Vertreter: Miriam Craß

Regionalausschuss Billstedt

1. Mitglied: Maureen Schwalke
 2. Mitglied: Wolfgang Strauß
- Ständiger Vertreter: Bernd Forkel
Ständiger Vertreter: Maurizio Kosinski

Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde

1. Mitglied: Alexander Götz
 2. Mitglied: Harald Singler
- Ständige Vertreterin: Marion Fisch
Ständige Vertreterin: Sandra Clemens

Quartiersbezogene Beiräte und Gremien in Hamburg-Mitte

Beiräte, die dem Stadtplanungsausschuss zugeordnet sind (RISE):

Sanierungsbeirat

Mümmelmannsberg

Mitglied: Maureen Schwalke
Vertretung: Wolfgang Strauß

Beirat Billstedt/Horn

Mitglied: Willi Mittelstedt
Bernd Forkel (ausgewählter Bürger per Losentscheid)

Begleitgremium Haferblöcken

Mitglied: Maureen Schwalke
Vertretung: Wolfgang Strauß

Sanierungsbeirat Billstedt-Zentrum

Mitglied: Wolfgang Strauß
Vertretung: Maureen Schwalke

Forum Hafencity

Mitglied: Theresa Jakob

Quartiersbeirat Osterbrookviertel

Mitglied: Marion Fisch
Vertretung: Alexander Götz

Stadtteilrat Rothenburgsort

Mitglied: Bernhard Stietz-Leipnitz
Vertretung: Andre Korbas

Stadtteilbeirat Veddel/ Kleiner Grasbrook

Mitglied: z.Zt. unbesetzt
Vertretung: z.Zt. unbesetzt

Beiräte, die den Regionalausschüssen und dem Cityausschuss zugeordnet sind

Quartiersbeirat Münzviertel

Mitglied: Steffen Leipzig
Vertretung: Bernhard Stietz-Leipnitz

Quartiersbeirat Horner Geest

Mitglied: Michelle Altfolter
Vertretung: Wolfgang Strauß

Stadtteilbeirat St. Georg

Mitglied: Steffen Leipzig
Vertretung: Ina Morgenroth

Quartiersbeirat Karolinenviertel

Mitglied: Theresa Jakob

Quartiersbeirat Wohlwillstraße

Mitglied: Verena Brachvogel

Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg

Mitglied: Jürgen Olschok
Vertretung: z.Zt. unbesetzt

Quartiersbeirat Reiherstiegviertel

Mitglied: Marinus Stehmeier

Kontakt:

Bezirksfraktion DIE LINKE Hamburg-Mitte

Borgfelder Straße 83

20537 Hamburg

Tel.: (040) 285 769 08

Fax: (040) 285 769 09

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte

Fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte.de

MITTLINKS ist eine Broschüre der Bezirksfraktion DIE LINKE in Hamburg-Mitte.

Die Broschüre wird kostenlos abgegeben.

V.i.S.d.P.: Tilman Rosenau

Redaktionsschluss: Juni 2021, Auflage: 500 Stück

Redaktion: Katharina Tchelidze

Satz und Layout: Marion Fisch